



# Pakistanisch-Indische Beziehungen im Aufwind?

In 'Südasiens' 8-9/89 hat sich der indische Journalist Bharat Wariawalla mit der Rolle Indiens und seinen Bemühungen nach regionaler Vorherrschaft beschäftigt. In dieser Ausgabe beschäftigt sich der pakistanische Journalist Mushahid Hussain mit dem indisch-pakistanischen Verhältnis und der Frage, inwieweit sich durch eine neue Generation - Bhutto/Gandhi - auch ein entspannteres Verhältnis ergeben hat. Der Beitrag wurde vor den indischen Parlamentswahlen und der Niederlage Rajiv Gandhis geschrieben.



Bereits zum Zeitpunkt ihrer Amtsübernahme sahen viele in der Person der neuen Premierministerin Benazir Bhutto eine einzigartige Chance zum Abbau der Spannungen zwischen Pakistan und seinem indischen Nachbarn. Schließlich, so argumentierte man, seien die Regierungschefs beider Staaten, zusätzlich zu ohnehin vorhandenen Berührungspunkten, aufgrund ihres Alters frei von den Erinnerungen an die Teilung des Landes im Jahre 1947 und könnten somit vorbehaltlos aufeinander zugehen.

Auch Rajiv Gandhi nahm im Vorfeld seines Besuchs in Islamabad gegenüber einer französischen Zeitung zu diesem 'Generationsbonus' Stellung: "Benazir Bhuttos Haltung", so der indische Premier, "ist in hohem Maße positiv einzuschätzen. Der früher vorhandene Störfaktor des Generationsunterschiedes ist nun hinfällig. Es eröffnen sich Möglichkeiten hinsichtlich eines ungezwungenen Dialoges. Wer immer auf der Hut sein muß, kann in seinen Positionen nicht flexibel sein. Wir hingegen haben jetzt die Chance einer objektiveren Beurteilung der Probleme und somit einer effektiveren Suche nach Lösungen."

Den hoffnungsvollen Worten folgten bald herbe Enttäuschungen - Gandhis 18-stündiger Blitzbesuch in Pa-

kistan brachte keine nennenswerten Fortschritte in den Beziehungen beider Länder. Er verstärkte, vorsätzlich oder nicht, eher noch die Zweifel Pakistans an der Realisierung normaler und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Grund zu diesen Befürchtungen und Zweifeln bot der indische Premier während seines Aufenthaltes allemal. Sri Lanka beispielsweise wurde mit an Arroganz grenzender Frechheit auf einer Pressekonferenz in Islamabad zum reinen Vasallenstaat Indiens herabgewürdigt. Rajiv Gandhi gab unter anderem zu Protokoll, daß Indien schließlich dort - in Sri Lanka - drei Urnengänge abgehalten habe.

Dennoch, die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen dauern, gespeist durch die wiederholten 'good-will'-Bekundungen beider Seiten, unvermindert an. Es deutet alles darauf hin, daß Benazir Bhutto wie auch Rajiv Gandhi zu lernen scheinen, gegen die unliebsamen Sachzwänge anzugehen. Der indische Premier hat noch in diesem Jahr Wahlen zu bestehen, während Benazir Bhuttos Lehrjahre in punkto Regierungsverantwortung von stetig wiederkehrenden Erschütterungen - wie dem kürzlich gescheiterten Mißtrauensantrag der Opposition - begleitet werden. Darüber hinaus türmen

sich auf dem Weg beider Staaten zu einer Normalisierung in den beiderseitigen Beziehungen immer neue Schwierigkeiten auf, die nicht zuletzt durch ihre lange Geschichte der Gegnerschaft und des Mißtrauens, eine Geschichte dreier Kriege, einer sich scheinbar unaufhaltsam fortentwickelnden Rüstungsspirale und einer sich in jüngster Zeit im Bereich der nuklearen Rüstung aufbauenden Rivalität, gekennzeichnet ist. Dies alles verhärtet die ohnehin schon verkrusteten Ansichten und produziert neues Mißtrauen und Verdächtigungen.

In einer derartig angespannten Situation historisch bedingter Gegnerschaft muß vielfach einer diplomatischen Symbolik Vorrang vor eindeutigen Kernaussagen eingeräumt werden.

Die pakistanische Führung hat es insbesondere während der SAARC-Konferenz an derartigen symbolischen Gesten mit dem Zweck der Schaffung eines der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zuträglichen Umfeldes nicht fehlen lassen:

- Benazir Bhutto unterließ es wohlweislich, die Ausweisung des in Delhi akkreditierten pakistanischen Militärattachés aufzubauschen. Im Interesse einer ungetrübten Atmosphäre so kurz nach ihrem Machtantritt tat sie alles, um diesen Vorfall herunterzuspielen.

- Von ihr erging die Einladung an den indischen Premier, seinen Aufenthalt in Islamabad über die Dauer des SAARC-Treffens hinaus zum Zwecke der Erörterung der bilateralen Beziehungen zu verlängern.

- Sozusagen über Nacht veränderte Frau Bhutto die pakistanische Einstellung bezüglich der Beziehungen zu Indien, indem sie das vor sechs Jahren von ihrem Amtsvorgänger Zia-ul-Haq unterbreitete Angebot eines Pakistanisch-indischen Nichtangriffspaktes über Bord warf und stattdessen auf die Sikkim-Übereinkunft als Basis der Beziehungen beider Staaten zurückschwenkte.

- Die Premierministerin und ihr Außenminister, Sahabzada Yaqub Khan, preschten während des SAARC-Gipfels mit dem Angebot beiderseitiger konventioneller Abrüstung vor.

- Ausdrückliche Anerkennung zollte sie der im südasiatischen Raum durchaus nicht unumstrittenen Mutter des derzeitigen indischen Regierungschefs, Indira Gandhi.

- Während des Gipfels schenkte das pakistanische Protokoll Gandhi besondere Aufmerksamkeit. Dies kam in der Wahl seines Tischplatzes wie auch der ihm zugewandenen Redezeit deutlich zum Ausdruck.

Nun, da zweifelsohne ein Aufwind in der allgemeinen politischen Großwetterlage eingesetzt hat, geht man in Islamabad daran, die strittigen Einzelheiten in den beiderseitigen Beziehungen auf den Verhandlungstisch zu bringen. Im Fall 'Siachen' zum Beispiel erwarten die Pakistanis ein umfassendes Entgegenkommen in der

Form, daß die indische Regierung auf die status-quo-Position zurückschwenkt, die sie bereits einmal vor dem Beginn ihres militärischen Engagements in der Region vertreten hatte. Weitere Punkte, die sicherlich auf die Tagesordnung gehören, finden sich in der unterschiedlichen Bewertung einer Reduzierung der Verteidigungsausgaben in der Region sowie in der fortgesetzten Weigerung Indiens, über die nukleare Problematik im regionalen Kontext zu verhandeln. Darüber hinaus gibt es aus pakistanischer Sicht Klärungsbedarf hinsichtlich mehrerer Ungereimtheiten der indischen Position. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Punkte:

- Trotz der Unterzeichnung der pakistanisch-indischen Übereinkunft über die gegenseitige Unterlassung von Angriffen auf nukleare Anlagen der jeweiligen Gegenseite, streibt sich die indische Regierung unter Hinweis auf fehlende Vorbereitungen nach wie vor gegen jede Diskussion über den gesamten nuklearen Bereich.

- Unstimmigkeiten existieren auch in der Haltung gegenüber der amerikanischen Einflußnahme auf nukleare Strategien: Was New Delhi im eigenen Fall schroff von sich weist wird von den indischen Verantwortlichen gegenüber Pakistan umso lauter gefordert.

- Mit großer Empörung reagierten die Inder auf die angebliche pakistanische Unterstützung für die rebellierenden Sikhs, was die indische Regierung ihrerseits jedoch nicht davon abhielt, den tamilischen Aufständischen in Sri Lanka unter die Arme zu greifen.

- Hinzu kommt eine, im Vergleich zu Pakistan, diametral entgegengesetzte Vorgehensweise gegenüber China. Unter Mißachtung der pakistanischen Ansicht, ein reibungsloses Fortkommen der Normalisierungsbestrebungen sei nur unter lückenloser Einbeziehung der Hauptstreitpunkte möglich, besteht Indien auf einer Politik der 'kleinen Schritte' unter Ausklammerung der "schweren Brocken". Nicht so im Falle Chinas: zumindest anfänglich machte Gandhi jedes Entgegenkommen von einer Einigung in der Grenzfrage abhängig. Als die an der Weigerung Pekings scheiterte, konnte der indische Premier gar nicht schnell genug einlenken. Resultat war seine China-Reise im vergangenen Dezember.

Der Erfolg jeglicher Anstrengungen zur Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen steht und fällt mit den folgenden drei Punkten: erstens der innenpolitische Ausrichtung beider Staaten, desweiteren dem massiven Ausbau des indischen Militärapparates als Folge der Hegemonieansprüche New Delhis und schließlich der nicht zu verkennenden Tatsache, daß in den Beziehungen Indiens zu den SAARC-Mitgliedsstaaten nach wie vor mit zweierlei Maß gemessen wird.

Jüngstes Beispiel hierfür ist das Verhalten der Regierung Gandhi gegenüber Nepal und Sri Lanka. Was sich hier offenbart, ist nicht etwa ein Bruch in der indischen Außenpolitik sondern vielmehr ein inzwischen folgerichtiges Handlungsmuster indischer Politik ge-

genüber seinen weniger gewichtigen Nachbarstaaten. Zwei Charakteristika dieses Handlungsmusters stechen besonders ins Auge. Zum einen ist es der Ausdruck einer gewissen Unterbewertung oder gar Engstirnigkeit sowohl gegenüber scheinbar zweitrangigen als auch gegenüber humanitären Aspekten der Außenpolitik.

Zum zweiten bedingt es die zunehmende Militarisierung der indischen Außenpolitik, die ihren Niederschlag in der massiven Ausdehnung der Schlagkraft der indischen Truppen findet, deren Ziel es ist, sich im Streit um den politischen Einfluß in der Region den größten Hapen zu sichern.

eine Streichung bestimmter Klauseln eines Vertrages mit Indien, der in seiner derzeitigen Form die untergeordnete Stellung des kleinen Himalaya-Staates zementiert. Auch in diesem Fall stellt man sich in New Delhi taub.

Indien entzog sich den Verpflichtungen aus einer Übereinkunft mit Bangladesh zur Vorsorge und Schadensbegrenzung bei den mit unbarmherziger Regelmäßigkeit auftretenden Überschwemmungen. Im Falle der Rückgabe des "Jinnah House" an Pakistan zog sich die Regierung Gandhi gar aus bereits getroffenen Vereinbarungen zurück. Geplant war der Ausbau des Hauses zum pakista-



Lernprozeß? Indien zieht seine Truppen aus Sri Lanka ab. Foto: Walter Keller

Indiens Versuch, jegliche Nahrungsmittellieferungen an Nepal zu unterbinden, was praktisch nichts anderes als ein Aushungern des kleinen Nachbarn bedeutet, kann als der am schärfsten zu verurteilende Akt dominanter Herrschaftspolitik in der jüngeren Geschichte internationaler Beziehungen angesehen werden. Dieser Schritt New Delhis übertrifft hinsichtlich seiner moralischen als auch seiner politischen Bewertung sowohl den amerikanischen Einmarsch auf Grenada wie auch die sowjetische Invasion in Afghanistan. Auslöser war in diesem Fall schlicht und einfach das Bestreben Nepals, eine unabhängige Außenpolitik betreiben zu können. Nepal ist jedoch nur ein Glied in einer langen Kette. Seit langem bemüht sich beispielsweise das kleine Bhutan um

nischen Generalkonsulat in Bombay, wobei auch noch dessen unmittelbare Nähe zur Residenz des Quaid-e-Azam ins Bild paßte. Bis heute gibt es auf indischer Seite keine Anzeichen, den Verpflichtungen nachzukommen. Jedoch damit nicht genug. Anzuprangern ist in erster Linie die Inkonsequenz, mit der die Regierung in New Delhi Forderungen an seine Nachbarstaaten stellt, die im Hinblick auf die eigene Politik in keinsten Weise berücksichtigt werden. Ein Heuchler, wer wie Indien Klage über jeden noch so bescheidenen Versuch Pakistans, seine ohnehin veralteten Militärbestände aufzufrischen, klagt und gleichzeitig das eigene Rüstungspotential ins Uferlose ausbaut, und zwar ohne erkennbare Bedrohung von außen. Ungeachtet aller Lip-



Denbekenntnisse zur Blockfreiheit wird man in Delhi nicht müde, von den Vereinigten Staaten massiven Druck auf das pakistanische Nuklearprogramm zu fordern. Diese Strategie zielt unweigerlich auf die Einmischung einer Supermacht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ab.

Indien selbst hat durch das Anheizen des Separatismus in Sri Lanka und im Sindh auf massive Weise gegen das Gebot der Blockfreiheit und der Nichteinmischung verstoßen, ganz zu schweigen von den Klagen gegenüber dem pakistanischen Atomprogramm, denn Indien beschritt zur gleichen Zeit einen vergleichbaren Weg.

Die Militarisierung des indischen Staates und seiner Außenpolitik vollzieht sich in einem schwindelerregenden Tempo. Ironischerweise erschien genau in der Phase massiver indischer Schikanen gegenüber Nepal eine Titelstory des amerikanischen Magazins "Time", am 3. April, deren Hauptaussage zufolge Indien als einziger Staat außer Israel nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Wege militärischer Eroberungen seine Grenzen ausgedehnt hat. Seit 1947 mußten sich Junagarh, Hyderabad, Kashmir, Goa und Sikkim dem indischen Militär beugen. Sei es zur Bekämpfung innerer Kritik oder als Druckmittel gegen äußere Gegner, mit dem Einsatz von Militär war man in den letzten fünf Jahren schnell bei der Hand.

Das Unternehmen "Blue Star" gegen die Sikhs im Jahre 1984, in Indien in ähnlicher Weise durchgeführt wie die Übergriffe der pakistanischen Armee gegen die

Bengali-Sikhs in Ostpakistan, dem heutigen Bangladesh, markiert nur den Anfang einer längeren Reihe. Ihm folgte 1985 die Unterstützung der Regierungsgegner in der Hügellregion von Chittagong in Bangladesh und 1986 der massive Druck der indischen Militärs gegen Pakistan im Zuge des "Brasstacks" - Manövers. Dem militärischen Eingreifen in Sri Lanka schloß sich ein Jahr später die Intervention auf den Malediven an. Auch wenn die Außenpolitik Indiens im laufenden Jahr bis dato noch keine militärische Aggression aufzuweisen hat, so trägt sie doch den Makel der Tyrannisierung Nepals.

Kaum anders stellt sich die Lage innerhalb der indischen Grenzen dar. In weiten Teilen des Nordostens, in Assam, sowie in den besetzten Gebieten Kashmir und im Punjab läßt die Armee mit ihren "Strafoperationen" gegen die Bevölkerung praktisch Kriegsrecht walten.

Wider Erwarten erntet Premier Gandhi mit dieser Vorgehensweise gar noch Pluspunkte im Hinblick auf die Wahlen. Quer durch die indische Medienlandschaft rollt derzeit eine breite Welle der Zustimmung für den von Gandhi eingeschlagenen außenpolitischen Kurs. Zitat aus einem kürzlich im 'International Herald Tribune' erschienenen Leitartikel: "Trotz relativer Unerfahrenheit hat Rajiv Gandhi erreicht, woran sowohl sein staatsmännischer Großvater, Pandit Nehru, als auch seine unvergessene Mutter, Indira Gandhi, mit eher mäßigem Erfolg gearbeitet hatten: die Inder können mit Fug und Recht wieder auf ihr Land stolz sein. Der Premierminister kann für sich verbuchen, daß der indische Einflußbereich in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut wurde. Gandhi hat diesen Bereich zur Tabuzone für politische Eindringlinge gemacht und gleichzeitig ein Bewußtsein für die Möglichkeiten, aber auch für die Grenzen seines Volkes geschaffen." Weiter heißt es: "Pakistan ist in gewissem Sinne der wohl einzige wirklich unabhängige Staat neben Indien in der Region."

Motivation genug für die indische Regierung, den Druck auf Pakistan, ungeachtet der Ablösung der Militärdiktatur durch eine demokratische Regierung, aufrechtzuerhalten. Die hinlänglich bekannte starre Rhetorik im aktuellen Jahresbericht des indischen Verteidigungsministeriums bezüglich der Themenbereiche Waffenbeschaffung und Nuklearstrategie weist eindeutig auf die Fortsetzung dieser in den letzten Jahren verfolgten Politik hin. Beobachter gehen davon aus, daß die Opposition in Islamabad die Frage der Beziehungen zu Indien zum Kernpunkt ihrer Regierungskritik erheben wird.

Die Angriffe gegen Benazir Bhutto reichen vom konkreten Vorwurf unpatriotischen Verhaltens bis hin zu eher allgemeinen Forderungen nach einer härteren Gangart gegenüber Indien.

Bezüglich der drei zentralen Streitpunkte in den Beziehungen zwischen beiden Staaten allerdings ist die Premierministerin über jeden Vorwurf der Vernachlässi-

gung pakistanischer Interessen erhaben. In der Problematik um Kashmir rückt die Regierung keinen Deut von der bisherigen Position einer Lösung auf der Grundlage der UN-Resolution ab. Benazir Bhutto hat dies anlässlich der Bekanntgabe einer indisch-pakistanischen Erklärung zu den bilateralen Beziehungen zum wiederholten Male bekräftigt.

Der Fall Siachen, laut eigenem Bekunden in den Augen der Premierministerin "der bislang einzige Fall eines groben Verstoßes gegen das Simla-Abkommen", gilt innerhalb der pakistanischen Führung als unsichtbarer Prüfstein der bilateralen Beziehungen.

Auch im Bezug auf den dritten Streitpunkt, der Frage des Atomprogramms, sind keinerlei Abweichungen von der bewährten Verhandlungsposition erkennbar. Nach wie vor vertritt die Regierung in Islamabad die beiden Grundsätze pakistanischer Atompolitik, i.e. die Einbindung der nuklearen Thematik in den regionalen Kontext sowie die Ablehnung eines einseitigen Verzichts auf die nukleare Option. Nichtsdestotrotz, die pakistanische Verhandlungsposition präsentiert sich seit der Amtseinführung der Premierministerin im Dezember vergangenen Jahres in neuem Gewand.

Erkennbar ist zunächst ein sich wandelndes Erscheinungsbild der pakistanischen Regierung in den Augen der indischen Öffentlichkeit sowie der offiziellen Seite in Delhi. So galt General Zia-ul-Haq als der gerissene Militärdiktator, der keine Gelegenheit ausließ - sei es im Hinblick auf die Sikh-Problematik, auf Kashmir oder auf Sri Lanka - den internationalen Unmut auf Indien zu lenken und somit der Führung in Delhi unentwegt übel mitzuspielen.

Ganz anders Benazir Bhutto: Mit Sorge verfolgt man in Indien die bei ihr auftretenden Anzeichen eines Kontrollverlustes über den Machtapparat. Ihr Image ist das einer demokratischen Hoffnungsträgerin, der es gilt, mit jeder möglichen Unterstützung zur Seite zu stehen. Die Stellung Pakistans im Beziehungsgeflecht der Staaten Südasiens im allgemeinen und Pakistans Beziehungen zu Nachbarn wie Bangladesh, Nepal und Sri Lanka im besonderen bilden zusammen den zweiten wichtigen Punkt eines geänderten Erscheinungsbildes der Regierung in Islamabad. In den Augen der kleineren Nachbarn ist Pakistan nach wie vor der Gegenpol zur indischen Vorherrschaft in der Region. In der Tat ist der pakistanischen Regierung im Laufe der Zeit eine führende Rolle in der von Pakistan, Nepal, Bangladesh und Sri Lanka ausgehenden Opposition gegen Indien erwachsen. Beim SAARC-Gipfel im Dezember letzten Jahres löste dann der Eindruck, daß Benazir Bhutto dem Gast aus Indien zu große Aufmerksamkeit schenke, im Lager der kleineren Staaten ein gewisse Verstimmung aus. Die Tatsache der stetigen Verbesserung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien stößt bei den Nachbarn vor dem Hintergrund der eigenen konfliktbeladenen Beziehungen zu Delhi auf wenig Gegenliebe.

Grundsätzlich lassen sich Anzeichen einer Schwächung der pakistanischen Bindungen an die anderen Staaten Südasiens nicht verkennen. Weder das kürzlich bekanntgegebene Angebot an Nepal über besondere Konzessionen für den Transport von Gütern mit Flügen der pakistanischen Luftfahrtgesellschaft PIA noch die nachdrückliche Unterstützung aus Islamabad für die Forderungen der Regierung in Sri Lanka nach einem Abzug der indischen Truppen können darüber hinwegtäuschen. Pakistan kann nicht über den anhaltenden Ausbau des indischen Militärapparates hinwegsehen, zumal diese Politik zum Wettlauf beider Staaten auf konventionellem und nuklearem Gebiet beiträgt. Nachdem Pakistan bislang jeden Schritt Indiens adäquat zu beantworten wußte, darf man davon ausgehen, daß auch die erfolgreichen Tests der indischen Mittelstreckenrakete 'Agni' auf pakistanischer Seite eine entsprechende Reaktion zur Folge haben werden.



Pakistanische Soldaten in der Ausbildung. Foto: Herald

In diesem Zusammenhang sollte vor allzugroßen Erwartungen, die angesichts der gleichen Generationszugehörigkeit der beiden Regierungschefs, die zusammen fast ein Fünftel der Weltbevölkerung vertreten, gehegt werden, gewarnt werden. Die Interessen und Anliegen einzelner Staaten ändern sich eben nicht durch den alleinigen Austausch von Personen. Ebensowenig lassen sich historisch gewachsenen Konstellationen von heute auf morgen vom Tisch wischen. Sowohl Rajiv Gandhi als auch Benazir Bhutto scheinen langsam Einsicht in diese Zusammenhänge zu gewinnen.

Übersetzung: Christoph Thees